

Gabriele Scherer - Eilt! Thema Katastrophenschutzplanung Freiburg / Ihr Antwortschreiben vom 27.07. / Bitte um zeitnahen Gesprächstermin

Von: <bergsab@web.de>
An: <dez-IV@stadt.freiburg.de>
Datum: 03.09.2017 23:35
Betreff: Eilt! Thema Katastrophenschutzplanung Freiburg / Ihr Antwortschreiben vom 27.07. / Bitte um zeitnahen Gesprächstermin
CC: "Michael Ernst" <ernst_michaelernst@web.de>, <hermaier@t-online.de>, "Ute Moessner" <ute.moessner@gmx.de>

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Neideck,

vielen Dank für Ihr freundliches Antwortschreiben vom 27.07.2017 auf die Email vom 05.07.2017 mit Betreff "Eilt! Heutige Umweltausschusssitzung / Bitte: Zügige Zusammenarbeit bzgl. Notfallpläne / Fragenkatalog / AG Katastrophenschutz", das wir BürgerInnen in unserem Arbeitskreis „Nuklearer Notfallschutz“ bzgl. Fessenheim besprochen haben. Darin stellen Sie sich auf den Standpunkt, dass unser Anliegen bzgl. Mitarbeit bei der Erarbeitung des Ausführungsplanes im Katastrophenfall Fessenheim für Sie keine Option sei. Zitat: „Da das ganze Thema sehr komplex, durch unterschiedliche Zuständigkeiten und ein vorgegebenes formales Verfahren geprägt ist, ist eine Mitarbeit in der von Ihnen vorgeschlagenen Arbeitsgruppe inhaltlich keine Option für die Städtischen Dienststellen.“ Diese Haltung steht im Widerspruch zu den Empfehlungen der Strahlenschutzkommission von 2015, konkretisiert im neuen Strahlenschutzgesetz von Juni 2017 (§ 105 Information der Bevölkerung über die Schutzmaßnahmen und Empfehlungen für das Verhalten bei möglichen Notfällen.) Das bestätigt auch die aktuelle Katastrophenschutzforschung 2016 (Disaster Research Unit). Dort wird empfohlen, sich der hilfsbereiten Bevölkerung gegenüber gedanklich zu öffnen sowie Ihre eigenen Vorstellungen vom Katastrophenschutz zu überdenken und den gesellschaftlichen Gegebenheiten anzupassen („Neues Denken“!). Zudem soll dieses Gesetz bis spätestens Februar 2018 umgesetzt werden. Zur Umsetzung und Erfüllung des Gesetzes sollten Sie bei diesem komplexen Thema unser Angebot annehmen.

Außerdem haben Sie nach unserem Kenntnisstand das Angebot, durch Herrn Dr. Kremer (Zuständiger Dezernent der Katastrophenschutzstrukturen in Aachen) auf dienstlichem Wege Beratung und Unterstützung zu erhalten, bis jetzt nicht genutzt.

Am 06.09.2017 findet die von der Stadt Freiburg organisierte Jubiläumsveranstaltung „25 Jahre UN-Umweltgipfel Rio“ im historischen Kaufhaussaal statt. Die „Green City Freiburg“, welche sich zur AGENDA 21 verpflichtet hat, feiert diesen historischen Augenblick. Einige Verpflichtungen zur AGENDA 21 beinhalten die aktive Zusammenarbeit der städtischen Behörden mit den BürgerInnen.

Wie können Sie Ihre rechtliche Verpflichtung aus dem neuen Strahlenschutzgesetz sowie die freiwillige Verpflichtung durch die AGENDA 21 mit Ihrer ablehnenden Haltung auf unser Angebot zur Mitarbeit in dieser für Freiburg hochbrisanten Frage vereinbaren?

Wir sind Engagierte und Fachkundige im Rahmen des von uns BürgerInnen initiierten AK „Nuklearer Notfallschutz“ (d.h. die im Juli von uns initiierte und anvisierte AG Katastrophenschutz/-hilfe wurde aktuell umbenannt) und setzen uns zusammen aus ÄrztInnen, NaturwissenschaftlerInnen, PädagogInnen, JuristInnen u.a.) Wie bereits angedeutet, hat die Presse wiederholt Interesse bekundet. An dieser Stelle sind wir sehr zurückhaltend, weil uns an einer Zusammenarbeit mit Ihnen und nicht an einer Konfrontation gelegen ist.

In Erwartung Ihrer baldigen Antwort und die Bitte um Bestätigung des Erhalts dieses Schreibens. Des Weiteren bitten wir freundlichst darum, dieses Schreiben zeitnah an die Bürgermeisterin Frau Stuchlik sowie an sämtliche zum Thema Beteiligte und verantwortliche Zuständige der Stadt Freiburg weiterzuleiten sowie einen gemeinsamen Gesprächstermin mit uns zu vereinbaren.

Vielen herzlichen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Berger (Freie Engagierte Freiburg)

Mobil: 0151-70082724

Michael Ernst (IPPNW, fukushima-nie-vergessen e.V. Freiburg)

Mobil: 0173- 8529144

Dr. Herrmann Maier (IPPNW Freiburg)

Tel. 0761/ 75249

Ute Mössmer (Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen)

Tel. 07665/ 930586